

unrentablen Zechen und hohen Sozialabgaben belastet — nicht gewachsen, ob schon ein gesunder Wirtschaftszweig eigentlich in der Lage sein müßte, eine Konjunkturlaute mäßigen Ausmaßes aus eigener Kraft zu überstehen.

Anstatt sich jedoch angesichts der unerfreulich deutlich gewordenen Krisenanfälligkeit des Bergbaus Gedanken über eine Beseitigung dieses Übels zu machen, die allerdings Radikalkuren wie die Stilllegung unrentabler Zechen einschließen müßten, forderten Zechendirektoren und Gewerkschaftsführer einhellig und unverzüglich protektionistische Maßnahmen wie etwa eine Einfuhrsperre für amerikanische Kohle. Als Leitbild diente ihnen dabei der sorgsam gegen jeden Wettbewerb gesicherte Naturschutzpark, in dem die deutsche Landwirtschaft nicht schlecht gedeiht.

Bundeswirtschaftsminister Erhard hatte jedoch für solche Wünsche taube Ohren, ihm schien ein wenig Liberalität auf dem Energiemarkt durchaus angebracht zu sein. Den Wunsch der Kohlenfunktionäre nach Einfuhrbeschränkungen für Heizöl und amerikanische Kohle beschied er mit dem Hinweis, daß die Bundesrepublik als Mitglied des Allgemeinen Handels- und Zollabkommens (GATT) Derartiges gar nicht dürfe, sofern nicht gerade Devisenschwierigkeiten dazu zwingen, was bekanntlich nicht der Fall sei.

Erhard empfahl dem Bergbau statt dessen, sich einer elastischeren, marktgerechten Verkaufspolitik zu befleißigen, mit den Hauptabnehmern (Elektrizitätswerke, Gaswerke, Bundesbahn) langfristige Lieferverträge abzuschließen und — zwecks Räumung der Halden — den Abnehmern zunächst einmal großzügig Preisnachlässe zu gewähren. Kurzum, der auf staatlichen Krücken dahinlahmende Kohlenbergbau sollte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch auf diesem Gebiet künftig nach normalen kaufmännischen Regeln zu handeln sei.

Solche Vorschläge wollten die Haldenbesitzer durchaus nicht hören, und sie waren froh, daß Gutermuths Alarm-Telegramm ihnen zu einer Zeit eine Kanzler-Audienz verschaffte, zu der Bundeswirtschaftsminister Erhard sich fern von Bonn — am Tegernsee — erholte.

Sie beeilten sich auch, die großzügigen Zusagen des Kanzlers so schnell wie möglich in praktische Maßnahmen umzusetzen: Einen Tag später traf man sich, verstärkt um Vertreter der Mineralölindustrie, im Bundeswirtschaftsministerium bei Staatssekretär Westrick wieder.

Das Ergebnis dieser Beratungen waren Beruhigungsmittelchen nach dem Geschmack der Zechenherren: Die Bundes-



Die Zeit  
Ruhr-Halden-Rütli: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, uns keinem Heizöl beugen noch Import!“

regierung wird versuchen, die Einfuhr amerikanischer Kohle zu drosseln; die Mineralölfirmer wollen den Vertrieb von Heizöl einschränken und bei ihrer Verkaufspolitik „wirtschaftliche Vernunft“ walten lassen (mit anderen Worten: die im Konkurrenzkampf unter die Gesteigungskosten abgesackten Preise erhöhen), und das Wirtschaftsministerium will schließlich prüfen, ob für Heizöl eine besondere Steuer eingeführt werden kann.

Für den Augenblick mag dem Bergbau mit diesen Maßnahmen geholfen sein. Die Reinigungskrise jedoch, die dieser unzeitgemäß strukturierte und in seiner jetzigen Gestalt kaum noch lebensfähige Wirtschaftszweig über kurz oder lang durchmachen muß, wird dadurch nicht verhindert, allenfalls eine Weile hinausgezögert.

## GRENZBEREINIGUNG

### Ehrenschild

Der Amsterdamer Zeitung „Het Parool“ durfte Bonn Außenminister kürzlich bemerkenswerte Hinweise dafür entnehmen, wie seine Unterhändler — geführt von dem ehemaligen KZ-Häftling Professor Kaufmann — nach holländischer Auffassung die deutsch-niederländischen Nachkriegs-Probleme anzupacken haben. Unter dem kecken Pseudonym Pieter 't Hoen — Peter das Huhn — beschuldigte der sozialistische Abgeordnete Frans Goedhart die bundesdeutschen Delegierten, daß sie in Holland nicht „gebückt“, gleichsam „unter der Last einer entsetzlichen moralischen Schuld“ erschienen seien, sondern als diplomatische Routiniers des Bonner Auswärtigen Amtes, die mit Holland auf der gleichen Ebene verhandelten, wie etwa mit „Chile oder Paraguay“, um einige „sachliche Fragen“ auf eine für Deutschland möglichst vorteilhafte Art zu regeln.

Kommentator Goedhart gab damit gleichsam den abschließenden Paukenschlag zu einer Unterredung, die Hollands Außenminister Luns mit Heinrich von Brentano kurz zuvor im holländischen Außenministerium am Plein in Den Haag geführt hatten. Gegenstand der Unterredung waren „die noch offenen... niederländisch-deutschen Fragen“ und geeignete Methoden, „um die Abwicklung dieser seit vielen Jahren schwebenden Fragen nach Möglichkeit zu beschleunigen“. So hieß es im offiziellen Kommuniqué.

Das Kommuniqué wußte zu berichten, die Besprechungen zwischen Dr. von Brentano und Dr. Luns seien in „sehr verständnisvoller Atmosphäre“ erfolgt. Wenig später versicherte Brentano gar, die Hindernisse bei den deutsch-niederländischen Verhandlungen seien nun — nach seinem Besuch beim Kollegen Luns — beseitigt.

Was den Dr. Heinrich von Brentano bewegen haben mag, sich derart optimistisch zu äußern, ist freilich bis heute sein Geheimnis geblieben. Jene alten Schwierigkeiten nämlich, die einem Ausgleich zwischen Holland und der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen, wurden durchaus nicht beseitigt, sondern im Gegenteil von den Holländern um ein neues — und vorerst nicht zu bewältigendes — Problem erweitert.

Hauptstreitpunkte zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden sind — neben einigen relativ leicht regulierbaren Randproblemen — zwei Fragenkomplexe:

- ▷ Rückgabe der seit dem 23. April 1949 in (sogenannter) niederländischer Auftragsverwaltung stehenden deutschen Grenzgebiete, vor allem von Elten und Selfkant („Neu-Niederlande“) an die Bundesrepublik, und schließlich
- ▷ das Ems-Dollart-Problem — die Festlegung der Hoheitsgrenze in der Ems-

mündung und die Errichtung einer gemeinsamen Wasserstraßen- und Schiffsverkehrsverwaltung der Hafenstädte Emden und Delfzijl.

Über diese Fragen konnte bisher keine Einigung erzielt werden, weil die Holländer hartnäckig versuchten, ein Koppelgeschäft zu machen: Sie beharren darauf, daß die deutschen Ansprüche auf Rückgabe der erbeuteten „Neu-Niederlande“ und die holländischen Forderungen hinsichtlich einer neuen Grenze im Dollart gleichzeitig geregelt werden müssen.

Insgesamt sind 25 nach dem Kriege vorgenommene „Grenzberichtigungen“ mit etwa 10 000 Einwohnern und 65 Quadratkilometern rückgängig zu machen, unter denen Eltern und Selfkant die weitaus größten Posten darstellen. Diese deutschen Gebietssetzungen wurden den Holländern aufgrund des „Pariser Sechs-Mächte-Abkommens“ im Jahre 1949 von der britischen Militärregierung bis zur endgültigen Grenzregelung in einem Friedensvertrage zugesprochen. Die Holländer benützen sie jetzt als Pfand und Druckmittel, um längst gehegte Wünsche auf eine Änderung des Grenzverlaufes an der Ems durchzusetzen.

In ihrem Bestreben, die zurückgebliebenen östlichen Provinzen des Landes wirtschaftlich aufzupäppeln, möchten die Niederländer den einzigen Hafen dieser Gebiete, Delfzijl am Dollart, zu einem großen Seehafen ausbauen. Die Mijneers betrachten ohnehin seit langem das Ruhrgebiet schlicht als Hinterland ihrer großen Seehäfen Rotterdam und Antwerpen, und nun singen sie auch dem vorerst höchst bescheidenen Hafen Delfzijl europäische Zukunftshymnen — weil Delfzijl einen günstigeren Standort habe als der deutsche Konkurrenzhafen Emden.

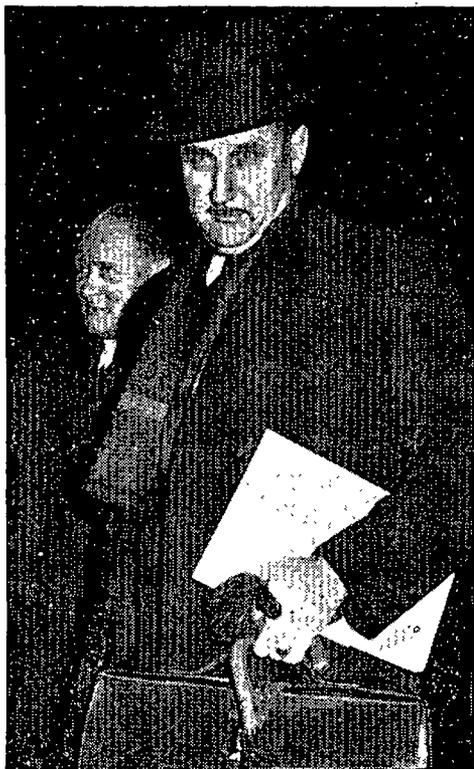
Tatsächlich aber läuft Delfzijl Gefahr, in einigen Jahrzehnten überhaupt kein Seehafen mehr zu sein. Die Versandung des Südausganges der Bucht von Watum, an der Delfzijl liegt, dürfte bis dahin die Zufahrt zur Hauptfahrinne unbenutzbar gemacht haben, sofern die Holländer nicht eine neue Fahrinne schaffen.

Schon mehrmals haben sich die Fahrwasserhältnisse in der Emsmündung wesentlich geändert. Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts ging die Hauptschiffahrtsstraße durch die Bucht von Watum, dicht am holländischen Hafen Delfzijl vorbei, nach Emden. Dann versandete der Nordausgang der Bucht von Watum, so daß Schiffen mit größerem Tiefgang dieser Weg versperrt war. Der Strom nahm den kürzesten Weg und verlagerte sich — zum Nachteil der Holländer — in eine neu entstehende nördlichere Flutrinne, das ostfriesische Gatje (siehe Graphik).

Der beste Weg nach Delfzijl führt jetzt für größere Schiffe durch das ostfriesische Gatje und dann zurück durch den Südzugang der Bucht von Watum. Bis zum heutigen Tage haben alle deutschen Regierungen diesen Zugang, der nur im Interesse des Hafens Delfzijl liegt, auf ihre Kosten offengehalten.

Holland will nun die Abhängigkeit Delfzijls von der deutschen Ems-Strombauverwaltung durch die Einrichtung einer gemeinsamen niederländisch-deutschen Strombauverwaltung beenden. Auf lange Sicht jedoch planen die Holländer, durch umfassende Regulierungs- und Kanalarbeiten Delfzijl wieder auf einen Platz zurückzubringen, den es vor der Fahrwasser-Veränderung einmal hatte.

Zu diesem Zweck soll die deutsch-niederländische Grenze in der Emsmündung, die gegenwärtig „einen Steinwurf“ vor der holländischen Küste verläuft, in den Strom



Hollands Außenminister Luns  
Guldene Buße aus Bonn

hineinverlegt werden, möglichst bis an das Hauptfahrwasser heran. Die Holländer hätten so für ihre ehrgeizigen Delfzijler Pläne freie Hand. Auch die von den Holländern vorgeschlagene paritätische Stromverwaltung würde dann wenig dagegen tun können, daß die Holländer den Stromverlauf zugunsten des Hafens Delfzijl verändern.

Daß ein Ausbau des Hafens Delfzijl nur das Ziel haben kann, an dem Verkehr zu partizipieren, der gegenwärtig über Emden läuft, wird schon aus den Größenverhältnissen klar: Emden ist der drittgrößte Seehafen der Bundesrepublik; Hauptumschlagsgüter sind Kohle und skandinavisches Erz für die Ruhr. Delfzijl dagegen ist zur Zeit nur ein Küstenhafen, dessen Umschlag — Güter für die benachbarten Gebiete — nicht einmal ein Zehntel des Emdener Umschlags erreicht.

Mit ihrem Versuch, für eine Rückgabe der 10 000 deutschen „Neu-Niederländer“ bei Eltern und im Selfkantgebiet eine Beteiligung am Umschlag des Hafens Emden einzuhandeln, haben die Holländer die deutsche Front föderalistisch aufgespalten. Das Land Niedersachsen ist an der ungestörten Entwicklung des Hafens Emden, Nordrhein-Westfalen dagegen an der Rückgabe der deutschen Gebiete interessiert. Dem nationalen Drang nach Wiederherstellung der alten Landesgrenze könnte, so fürchtet man in Hannover, auf Kosten der Ems-Interessen Emdens nachgegeben werden, die nicht vom Sentiment her, sondern nur durch höchst komplizierte wasser- und

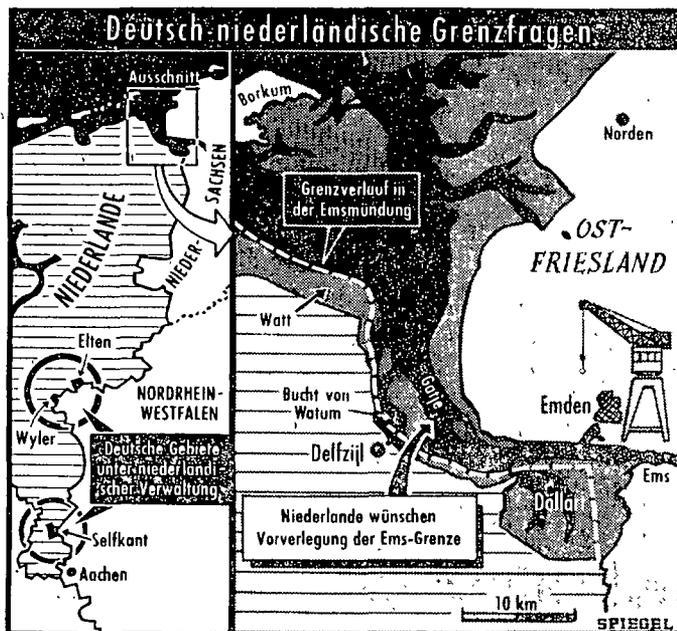
schiffahrtstechnische Expertisen zu begreifen sind.

Inzwischen aber ist jene Entwicklung eingetreten, die Nordrhein-Westfalens Hoffnungen auf die Heimkehr der Eltener vorläufig ebenso gegenstandslos macht wie die niedersächsischen Emden-Ängste. Heinrich von Brentano hat in den Haag von seinem Kollegen Luns horen müssen, daß Holland die Rückkehr der 10 000 Beute-Deutschen mit einer weiteren Hypothek zu belasten wünscht. Die Bundesrepublik soll nämlich, gleichzeitig mit der Regelung anderer deutsch-holländischer Fragen, auch noch die niederländischen Opfer des Nationalsozialismus durch eine großzügige Wiedergutmachung entschädigen.

Das Thema Wiedergutmachung war bisher bei den niederländisch-deutschen Verhandlungen stillschweigend ausgeklammert worden, weil Bonn die Auffassung vertrat, daß dieses Problem außer Holland noch zehn andere Länder betreffe und daher nur auf dem Wege mehrseitiger Verhandlungen durch ein allgemeines Abkommen oder gar erst — am St. Nimmerleins-Tag — auf einer „Friedenskonferenz“ zu lösen sei.

Nun plötzlich — nachdem sie ihren ursprünglichen Eindeichungsplan für den Dollart zurückstellen mußten, weil durch die Eindeichung dieses großen Spülbeckens nicht nur Emden, sondern auch Delfzijl von Versandung bedroht wäre — schien den Holländern der Verzicht auf den Besitz-Blick von der höchsten Erhebung der „Neu-Niederlande“, dem Eltener Berg, zu schmerzlich, um allein durch Hoffnungen auf eine unbestimmte künftige Blüte des Hafens Delfzijls kompensiert zu werden.

In „Het Parool“ errechnete Abgeordneter Frans Goedhart, daß rund 50 000 Niederländer Wiedergutmachungs-Ansprüche an Bonn zu stellen haben: „Wo es Deutschland finanziell und wirtschaftlich wieder gut geht und dieses Land wieder im Begriff steht, in Europa eine führende Stellung einzunehmen, ist eine Berufung auf Ohnmacht oder Unvermögen nicht möglich.“ Als globale Summe der deutschen „Ehrenschild“ nannte Goedhart einen Betrag, der — „falls man die Betroffenen nicht mit einem Butterbrot abspesen



will“ — bei mehreren hundert Millionen Gulden liegen müsse.

Dem deutschen Außenminister wurde von seinem holländischen Gesprächspartner Luns eröffnet, jene Bonner Wiedergutmachungs-Gesetzgebung, die darauf besteht, daß nur an solche niederländische Staatsangehörige Entschädigungen ausbezahlt werden, die vor dem 31. Dezember 1952 in Deutschland „wohnhaft“ waren, sei für die Niederlande absolut unannehmbar.

Mit diesem Bescheid und dem gut gemeinten Rat, die Zähigkeit der holländischen Finanz-Moralisten nicht zu unterschätzen, wurde Heinrich von Brentano aus der „sehr verständnisvollen Atmosphäre“ seiner Haager Visite entlassen und zu moralischer Einkehr nach Bonn zurückgeschickt. Bemerkte einer jener — nach Pieter 't Hoen — „nicht gebückten“ diplomatischen Routiniers aus der deutschen Delegation: Das bedeutet, daß der Status quo auf ungewisse Zeit aufrechterhalten bleibt.

## BEHÖRDEN

### BUNDESPOST

#### Der Amtsrat und der Mond

Eine aus früheren Zeiten überlieferte Postsekretärs-Devise besagt, daß die Post ihre Kunden nicht „bedient“, sondern „abfertigt“.

Nach dieser in jüngster Zeit freilich in Verruf gekommenen Devise fertigte kürzlich das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen in der Koblenzer Straße 81 zu Bonn einen Kunden ab, dessen Pläne und Zukunftsvisionen allem Anschein nach den technisch-wissenschaftlichen Sachverstand der Behörde weit überforderten.

Der Bundespostkunde, Ingenieur Peter Lengrüsser, 33, ist ein in den internationalen Rängen der Raketenexperten bekannter und geschätzter Spezialist für Hochfrequenztechnik. Unter der wissenschaftlichen Leitung des Professors Dr. Friedrich Becker, eines Astronomen der Bonner Universität, führt er von einem Laboratorium hoch über den Dächern der Bundeshauptstadt Bahnmessungen an den von Sowjets und Amerikanern in den Weltraum geschossenen Sputniks und Explorers durch. Dem Professor Becker und seinem technischen Angestellten Peter Lengrüsser verdankt die Universität Bonn, daß ihre Sternwarte an der Poppelsdorfer Allee von der Organisation des „Internationalen Geophysikalischen Jahres“ beauftragt wurde, zusammen mit 23 anderen Stationen Kontrollmessungen an den Erdsatelliten vorzunehmen.

Doch der Ehrgeiz Lengrüssers erschöpft sich nicht darin, täglich fünfmal die Wendeltreppe der Bonner Sternwarte zu erklimmen, um in seinem Turmstübchen das nervöse Piep-Piep der Erdsatelliten auf einen Registrierstreifen zu bannen. Sein Hobby ist das Problem der Nachrichtenübermittlung mit Hilfe von Ultrakurzwellen über interplanetarische Räume hinweg.

Am 20. Mai dieses Jahres gelang es ihm, mittels einer von ihm entwickelten Spezialapparatur, erstmals ununterbrochen über einige Stunden hinweg eine UKW-Funkverbindung zwischen Deutschland und Amerika, genauer zwischen Bonn und Belmar im State New Jersey, USA, zu unter-

halten. Dabei diente der Mond als Reflektor der Ultrakurzwellen. Wie ein Tennisspieler, der im Training seinen Ball gegen eine Mauer schlägt, so ließ der amerikanische Versuchssender seine Ultrakurzwellen gegen die Mondscheibe prallen und zurückspringen, und Lengrüsser fing die Wellen in seinem Bonner Turmstübchen auf.

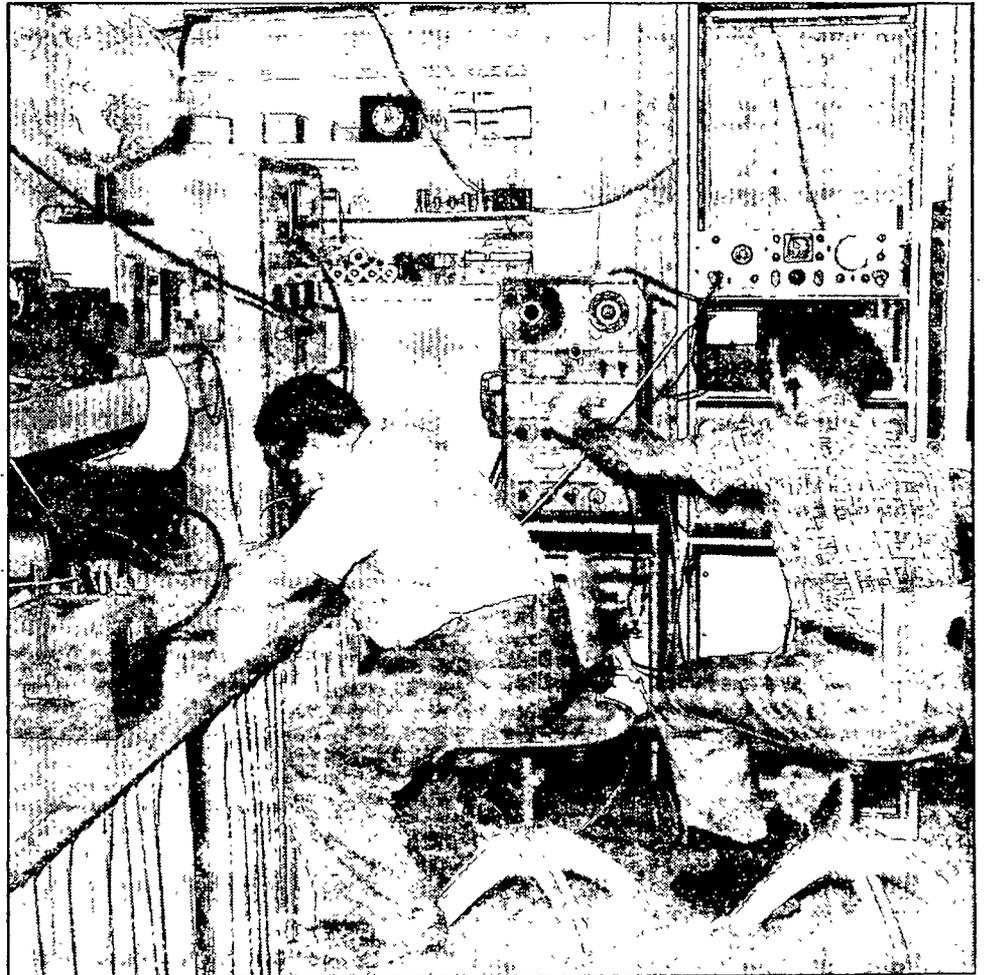
Seither steht dieser Bonner Ingenieur mit der staatlichen amerikanischen Versuchsstation im ständigen Erfahrungsaustausch. Er führte mit seinen überseeischen Partnern bereits eine weitere Versuchsreihe durch, wobei sich der Mond als ausgezeichnete Reflektor ultrakurzer Radiowellen erwies.

Lengrüsser hofft sehr, daß die von ihm entwickelte Empfangstechnik mit ultra-

gegen Zahlung einer Gebühr befördert — der Post.

Um mit seinen Versuchen voranzukommen, beantragte nun Lengrüsser am 1. Juli dieses Jahres beim Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen eine Lizenz für die Einrichtung einer Sendestation, wie sie jeder Rundfunkamateur von der Bundespost erlangen kann. Überdies benötigt Lengrüsser die Zuteilung verschiedener UKW-Frequenzen, die für seine Methode der Bahnbestimmung von Erdsatelliten oder Weltraum-Raketen notwendig sind.

Nach den Bestimmungen der Bundespost ist es nun jedoch notwendig, daß der Antragsteller einer solchen Lizenz Kenntnisse im Morse nachweist und in der Lage ist, 60 Buchstaben des Morsealphabets pro



Sputnik-Beobachter Lengrüsser (l.): Wie schnell kreisen Akten?

kurzen Wellen, die er sich patentieren lassen will, eine Nachrichtenübermittlung mit bedeutend geringeren technischen Mitteln ermöglicht, als sie die gleiche Verbindung über Kurzwelle erfordern würde. Insbesondere glaubt er, daß seine Technik für die Navigation im Schiffs- und Luftverkehr wichtig ist, daß sie überdies ermöglicht, Fernsehsignale zu übertragen und auch eine genauere Ortung von Weltraumobjekten wie etwa Erdsatelliten oder Raumraketen vorzunehmen.

Lengrüsser war bei all diesen Versuchen allerdings immer zu einer mehr oder weniger passiven Rolle verurteilt. Er durfte nur empfangen, aber nicht selber zum Monde senden. Die Ergebnisse seiner Beobachtungen mit der amerikanischen Versuchsstation Belmar mußte er umständlich zu Papier bringen und jener Organisation anvertrauen, die seit altersher Nachrichten

Minute zu hören und zu geben. Wegen eines Gehörfehlers kann jedoch das Ohr Lengrüssers nicht das „Tempo 60“ im telegraphischen Verkehr aufnehmen. Ihm wurde deshalb bereits mehrmals die Lizenz für den Betrieb eines Amateursenders von der Bundespost verweigert.

Andererseits ist es jedoch heute bei wissenschaftlichen Versuchen, wie Lengrüsser sie durchführen will, üblich, daß sich die Partner des Sprechfunks und nicht des Morse-Alphabets bedienen. Doch wie ein Fahrlehrer, der ausgezeichnet sein Automobil beherrscht, aber die Funktion des Differentials nicht erklären kann, vor Zeiten bei der Führerschein-Prüfung durchfiel, so versagte Lengrüsser stets beim Genehmigungsverfahren des Bundespostministeriums für Amateursendelizenzen. Er beherrscht nun einmal nicht das antiquierte und nur noch wenig gebräuchliche Morsealphabet.